

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

– es gilt das gesprochene Wort –

Wintertagung des Deutschen Atomforums, 04./05. Februar 2009, Berlin

Energieverantwortung für Deutschland

Meine Damen und Herren!

sehr herzlich begrüße ich Sie zu unserer diesjährigen Wintertagung hier in Berlin. Ich verspreche bestimmt nicht zu viel, wenn ich Ihnen ankündige, dass wir wie in den vergangenen Jahren inspirierende Vorträge hervorragender Referenten hören und spannende Diskussionsrunden namhafter Experten aus Wirtschaft, Politik und Kommunikation erleben werden. Gestern abend haben wir bereits einen beeindruckenden Vortrag von Professor Sinn gehört. Seine Botschaft: Mit Wunschdenken allein werden wir weder die Energieprobleme unseres Landes lösen noch einen wirklichen Beitrag zu den globalen Energieproblemen leisten. Auf dieser Linie liegt auch das Motto der Wintertagung 2009 „Energieverantwortung für Deutschland“.

Energieverantwortung geht alle an – Politik, Versorger und Verbraucher – und fordert eine ideologiefreie Analyse, realistische Planung und mutiges Engagement. In der Podiumsdiskussion heute nachmittag werden wir das Thema Energieverantwortung und Energievernunft sicherlich noch intensiv beleuchten.

Meine Damen und Herren,

Wir stehen vor enormen Herausforderungen.

1. Die Finanzkrise ist in der realen Wirtschaft angekommen. Wir sind in einer tiefgreifenden und langen Rezession. Eine Herausforderung, wie wir sie so wohl noch nie erlebt haben. Zu Recht hat die Bundesregierung ein massives Maßnahmenpaket beschlossen, um den Konjunkturinbruch zu dämpfen. Der Rückgang der Ölpreise – sozusagen die Leitwährung der Energie – hilft in dieser Situation. Aber alle Fundamentaldaten – Ressourcenverknappung bei gleichzeitig weltweit steigender Energienachfrage – sprechen dagegen, dass dies ein anhaltender Trend ist. Wir müssen bei schwacher Konjunktur auch mittelfristig wieder mit steigenden Öl- und damit Energiepreisen rechnen. Der Zertifikatehandel

wird sein übriges tun. Vor diesem Hintergrund können wir auf die preisdämpfende Wirkung der Kernenergie nicht verzichten. Die Laufzeitverlängerung unserer Kernkraftwerke gehört daher flankierend zu einem nachhaltigen Konjunkturprogramm, zumal sie im Gegensatz zu den anderen Maßnahmen auch den Steuerzahler nichts kostet. Offenbar ist dies vor der Bundestagswahl nicht möglich. Aber nach der Bundestagswahl muss dies nachgeholt werden.

2. Wie brüchig unsere Versorgungssicherheit sein kann, hat uns der Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine vor Augen geführt. Noch einige Zeit länger und wir hätten die Auswirkungen auch bei uns massiv gespürt. Es ist gerade noch einmal gut gegangen. Ob es bei der nächsten Krise gut geht, wissen wir nicht. Mit der Kernenergie habe dies nichts zu tun, behaupten die Gegner der Kernenergie. Diese Behauptung ist schlicht falsch: Wenn wir die Kernkraftwerke ersetzen müßten, geschähe dies vor allem durch Gaskraftwerke und unsere Abhängigkeit von ausländischem Gas würde noch größer. Und je mehr Erneuerbare Energie – vor allem aus Windkraft – wir einsetzen, um so mehr Regelenergie und Schattenkraftwerke für den Fall, dass der Wind nicht bläst, brauchen wir. Auch das geht vor allem mit Gaskraftwerken. Vor diesem Hintergrund ist die pauschale Aussage, Windkraftwerke reduzierten unsere Energieabhängigkeit mit erheblichen Einschränkungen zu verstehen.
3. Die Dena-Studie, die unwiderlegt ab 2012 eine Stromlücke mit steigender Tendenz prognostiziert, ist fast schon wieder in Vergessenheit geraten. Dabei unterstellt die Studie, dass die meisten der geplanten Kohlekraftwerke auch gebaut werden. Mit massivem Protest sollen diese Projekte jedoch verhindert werden, zum Teil bereits mit Erfolg. Die Lösung, die die Anhänger des doppelten Ausstiegs aus Kohle und Kernenergie anbieten, sind auch hier wieder vor allem neue

Gaskraftwerke. Vor dem Hintergrund des Gasstreits, der bestimmt nicht der letzte war, erscheint dies schon heute als blanker Hohn.

Meine Damen und Herren,

Genauso wie wir ohne eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie unsere CO₂-Ziele nicht erreichen werden, werden wir ohne Kernenergie auch unsere Versorgungssicherheit nicht stabilisieren. Im Gegenteil: durch den Ausstieg würden wir uns noch mehr in die Abhängigkeit von Gas-Lieferanten begeben.

Unsere Energiepolitik krankt daran, dass ihre drei elementaren Ziele Preisgünstigkeit, Klimaschutz und Versorgungssicherheit nicht ausgewogen in Einklang gebracht werden. Je nach aktuellen Ereignissen und politischer Wetterlage steht eines der drei Ziele im Vordergrund und die anderen werden verdrängt. Zu Energievernunft und Energieverantwortung gehört es aber, alle drei Ziele gleichrangig zu verfolgen. Und das geht nur mit einem breiten Energiemix unter Einschluß der Kernenergie.

Meine Damen und Herren,

Trotz der im Laufe des Jahres schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage von Privathaushalten, Unternehmen und öffentlicher Hand stieg der Energieverbrauch 2008 um 2 Prozent. Nach den jüngsten Daten der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen erhöhte sich der Anteil der Kernenergie an der Primärenergieproduktion von 11,1 Prozent in 2007 auf 11,5 Prozent. Betrachten wir allein die Stromproduktion, dann ist die Bedeutung der Kernenergie noch größer. Die Kernenergie deckte in 2008 rund ein Viertel der deutschen Stromproduktion und fast die Hälfte der Grundlast ab. Der Anteil aller Erneuerbaren Energien belief sich inklusive Wasserkraft auf etwa 15 Prozent. Die Kernenergie ist unverändert tragende Säule der deutschen Stromversorgung. Wer daran rüttelt, riskiert den Einsturz des Gebäudes.

Dabei gibt es für uns keinen Widerspruch und schon gar keinen Konflikt zwischen der Kernenergie und den Erneuerbaren Energien. Die These – wer für Kernenergie ist, ist gegen Erneuerbare und wer für Erneuerbare ist, ist gegen Kernenergie – ist überholt, von gestern. Die Freunde der Erneuerbaren sollten endlich über ihren Schatten springen, wie wir es getan haben. Auch die deutschen Stromversorger investieren massiv in die Erneuerbaren, denn wir brauchen alle Optionen. In diesem Punkt – und nicht nur in diesem Punkt, möchte ich betonen – bin ich ganz einer Meinung mit dem Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Markus Söder. Wir sind beide keine „Kernkraftfetischisten“, doch wissen wir genau, dass Deutschland diese Technologie nun einmal braucht. Wir freuen uns sehr auf Ihre Ansprache, Herr Staatsminister.

Ob Kernenergie als Brückentechnologie in eine neue Energiezukunft oder als eine Zukunftsoption unter mehreren zu sehen ist, müssen wir heute noch nicht entscheiden. Was wir jetzt brauchen, ist zunächst Zeit, um mit Energieverantwortung und Energievernunft an der Energiezukunft zu arbeiten, sie zu erfinden. Sozusagen ein Energie-Apolloprogramm – dazu gehören bessere Effizienztechniken, Fortschritte bei der Stromspeicherung, der CO₂-Abscheidung und CO₂-Speicherung und die Fortentwicklung der Erneuerbaren Energien, und auch die Fusionstechnologie, die nach langer Stagnation wieder erhebliche Fortschritte macht. Nach meiner Meinung sollten auch die fortgeschrittenen Reaktoren der Generation IV, an denen weltweit, allerdings bedauerlicherweise ohne deutsche Beteiligung, gearbeitet wird und in denen noch enormes Potential steckt, einbezogen werden. Die notwendige Zeit können wir uns mit einer Laufzeitverlängerung unserer Kernkraftwerke erkaufen und vielleicht auch einen finanziellen „spin-off“ für ein solches Energie-Apolloprogramm.

Meine Damen und Herren,

Die wichtige Rolle der Kernenergie im Energiemix hierzulande wird den Menschen immer bewusster, und immer mehr von ihnen haben eine von Realismus und von Pragmatismus geprägte Haltung zur Kernkraft. Auch die Mitte Dezember veröffentlichte Studie des Bundesumweltministeriums zum Umweltbewusstsein der Bürger belegt den Trend. Der Anteil der Befragten, der langsamer oder gar nicht aus der Kernenergie aussteigen möchte, stieg danach im Vergleich zum Jahr 2006 von 27 auf 32 Prozent. Der Anteil der Deutschen, der am Ausstieg aus der Kernenergie festhält, fiel im Gegenzug von 37 auf 31 Prozent.

Einen weiteren der schon zahllosen Belege für den sich deutlich abzeichnenden Trend in Deutschland lieferte eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im letzten August. Sie ergab, dass 52 Prozent der Deutschen eine Verlängerung der Laufzeiten über das Jahr 2021 unterstützen. Das sind vier Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Wenn die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle „gelöst“ wäre, dann würden sogar 58 Prozent der im August 2008 Befragten die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland befürworten. Wir können also feststellen: Der Meinungstrend für die Kernenergie ist positiv.

Meine Damen und Herren,

Nicht die Sicherheit, wir haben mit die sichersten Kernkraftwerke der Welt, sondern die Endlagerung ist die Achillesferse der Kernenergie. Sie ist keine technische Achillesferse, sondern eine politische. Die Endlagerung ist technisch lösbar, das sagen weltweit alle Experten. Und weil sie technisch lösbar ist, muss sie auch gelöst werden. Die Endlagerung darf nicht länger in Geiselhaft gegen die Kernenergie genommen werden. Gesinnungsethik allein hilft nicht weiter, wir brauchen vor allem Verantwortungsethik. Selbst wenn wir heute aussteigen

würden, bräuchten wir die Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Daran führt kein Weg vorbei. Vor diesem Hintergrund ist es einfach unehrlich, um nicht zu sagen heuchlerisch, einerseits – zu Recht – die Endlagerung der radioaktiven Abfälle in nationaler Verantwortung zu fordern, sich aber gleichzeitig zu den Demonstranten im Wald von Gorleben zu setzen, und gegen die Rückkehr deutscher Abfälle aus Frankreich zu demonstrieren.

Wir haben Fortschritte gemacht. Das Endlager Konrad für immerhin mehr als 90 Volumenprozent der radioaktiven Abfälle wird 2013 in Betrieb gehen. Aber eine Lösung für die hochradioaktiven Abfälle ist nach wie vor blockiert, seit Jahrzehnten ein Trauerspiel. Vor der Bundestagswahl wird hier sicher nichts mehr geschehen. Aber nach der Bundestagswahl muss es sein. Laxe Kompromißformeln, wie im letzten Koalitionsvertrag, darf es nach der Bundestagswahl nicht mehr geben. Wir brauchen klare Zeitpläne und Verfahrensregeln. Hierzu haben wir auf dem Endlager-Symposium des BMU Vorschläge gemacht. Uns ist bewußt, wie wichtig Akzeptanz in dieser Frage ist und dass die gesellschaftliche Legitimation von Großprojekten auch aus dem Verfahren erwächst. „Betonköpfe“ sind wir also in der Frage nicht. Aber auf die zügige Fortsetzung der Erkundung in Gorleben können wir nicht verzichten. Die bisherigen Ergebnisse sind so vielversprechend, dass das Erkundungsmoratorium ohne Verzug beendet werden sollte. Das wäre ein Zeichen für Energieverantwortung in Deutschland.

Erst nach Abschluss der Erkundung – und das sollte doch jedem einleuchten – wird feststehen, ob der Salzstock Gorleben als Endlager-Standort geeignet ist. Und er wird nur dann geeignet sein, wenn er sicher ist. Das ist wie mit der Schwangerschaft: ganz oder gar nicht – nur ein bisschen geht nicht! Also: Entweder ein Endlager ist sicher, und entspricht damit den Anforderungen des Atomgesetzes, oder es ist es nicht. Deshalb macht auch die Forderung, nach dem bestmöglichen Endlager zu suchen, keinen Sinn – nicht wissenschaftlich und

auch nicht juristisch, allenfalls parteitaktisch. Ich bin gespannt auf die Beiträge, die wir heute dazu noch hören werden.

Meine Damen und Herren,

Man muss den Eindruck haben, dass manchen Kernenergie-Gegnern effektiver Klimaschutz bei gleichzeitig stabiler Stromversorgung nicht wirklich am Herzen liegt. Sie könnten sonst nicht so realitätsblind den Beitrag der Kernkraft zum Klimaschutz ignorieren. 150 Millionen Tonnen Kohlendioxid ersparen die deutschen Kernkraftwerke jedes Jahr dem Weltklima. Zur Verdeutlichung: Damit ließe sich mehr als anderthalbmal der Bodensee füllen, mit seiner Fläche von 536 Quadratkilometer und einer mittleren Tiefe von 90 Meter.

Übrigens, der deutsche Straßenverkehr schafft diese Menge mit seinem CO₂-Ausstoß Jahr für Jahr aufs Neue. Noch! Denn geht es nach dem Willen der Bundesregierung, sollen bereits im Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen, und 2030 schon mehr als fünf Millionen. Das Autoland Deutschland wird dann auf die Tankstelle Kernkraftwerk nicht verzichten können!

Der Klimaschutz und der Beitrag der Kernenergie war im vergangenen Jahr immer wieder zentrales Thema auf internationalen Spitzentreffen. So haben sich Anfang Juli die acht großen Industrienationen bei ihrem G8-Gipfel in Japan darauf geeinigt, den weltweiten CO₂-Ausstoß bis 2050 um mindestens die Hälfte zu verringern. Die Nutzung und Entwicklung der Kernenergie könne dazu einen wichtigen Beitrag leisten, hielten die Regierungschefs in ihrer Abschlusserklärung fest. Dabei sei die internationale Zusammenarbeit zu fördern.

Fatih Birol, Chefökonom der Internationalen Energieagentur IEA warnt, dass der Anteil der Kernenergie am globalen Strom-Mix den heutigen Wert von 15 Prozent nicht unterschreiten darf. Nur dann werde es der Menschheit im

Verbund mit anderen Maßnahmen klimaneutraler Energieerzeugung gelingen, die Erderwärmung um mehr als 2 Grad zu verhindern. Diesen Wert halten viele Wissenschaftler für einen Kippschalter des Weltklimas, der nur einmal umgelegt werden kann. Herr Birol, ich bin sehr gespannt auf Ihren Vortrag „World Energy Outlook 2030: What is the role for nuclear?“

Außer Deutschland halten alle anderen G8-Staaten – gerade auch aus den eben beschriebenen Gründen – die Nutzung der Kernenergie für eine absolut sinnvolle Bereicherung des Energiemix. Wenn die Welt sich anders verhält als wir, spricht vieles dafür, dass wir Deutsche nicht allein die Weisheit mit Löffeln gefressen haben. Trotzige Überheblichkeit und Realitätsverweigerung ersetzen keine echte Auseinandersetzung mit den Argumenten der anderen. Die ökologische und ökonomische Selbstschädigung durch den deutschen Ausstieg wird im Ausland mit Unverständnis und Erstaunen gesehen, im internationalen Wettbewerb durchaus auch mit verhohlener Schadenfreude. Prof. Dr. Hans-Werner Sinn fasst diesen Anachronismus mit dem Begriff „Geisterfahrer Deutschland“ zusammen. Das Schlimme ist, dass der Geisterfahrer erst merkt, dass er ein Geisterfahrer ist, wenn es kracht. Ich bin gespannt auf unsere internationale Journalisten-Runde, die die Außensicht auf unsere Kernenergiepolitik beleuchten wird.

Meine Damen und Herren,

Doch von unserem Sonderweg lassen sich andere Länder nicht weiter beeindrucken, gerade auch nicht unsere Partner in der Europäischen Union. Bitte erlauben Sie mir ein paar ausgewählte Beispiele des vergangenen Jahres anzuführen:

Im Januar betonte die britische Regierung in einer Erklärung, dass sie den Bau moderner Kernkraftwerke im Land begrüßt und unterstützt. Noch vor 2020 soll der erste Neubau stehen.

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy verkündete im Juli, dass Frankreich ein zweites Kernkraftwerk vom Typ EPR bauen wird, und wies darauf hin, dass dieser Reaktortyp 11 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermeiden werde. Vergangene Woche ist der Standort dieses Reaktors nördlich von Le Havre bekannt gegeben worden. 2012 soll mit dem Bau begonnen werden.

Am 3. September hat die bulgarische Regierung über das neue Kernkraftwerk in Belene entschieden. Im kommenden Jahrzehnt sollen seine beiden Blöcke errichtet werden und ans Netz gehen.

Das niederländische Unternehmen Delta kündigte Mitte September an, am Standort Borssele einen neuen KKW-Block errichten zu wollen. Die Betriebsaufnahme wird für das Jahr 2016 geplant.

Im Oktober erklärte der polnische Wirtschaftsminister, sein Land wolle die Abhängigkeit von der Kohleverstromung reduzieren, indem es Kernkraftwerke errichten will. Das hat die polnische Regierung vor gut drei Wochen deutlich bekräftigt und einen Aktionsplan zur Entwicklung der Kernenergie verabschiedet – auch um seine Energieimporte zu reduzieren. Spätestens 2020 will Polen ein oder zwei Kernkraftwerke in Betrieb nehmen.

Die italienische Abgeordnetenkammer billigte Anfang November den Entwurf des neuen Energiegesetzes, der die Kernenergieerzeugung befürwortet und regelt. Das ist der erste Schritt – weg aus dem vor mehr als 20 Jahren beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft.

Im gleichen Monat gab die finnische Regierung ihre langfristige Klima- und Energiestrategie bekannt. Darin erklärte sie, dass weitere Kernkraftwerke nötig seien, um mehr klimafreundlichen Strom zu produzieren und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Und in der Schweiz sind ebenfalls zwei bis drei neue Anlagen, die drei alte Anlagen nach 50-jähriger Laufzeit (!) ab 2020 ersetzen sollen, beantragt worden.

Meine Damen und Herren,

der Neubau von Kernkraftwerken in Europa ist eine Realität, die man auch in Deutschland nicht negieren kann. Deutsche Unternehmen – RWE und E.ON – beteiligen sich an solchen Projekten. Das kann man nur begrüßen. Dies trägt auch zum Know-how-Erhalt in Deutschland bei. Im Vergleich zu Europa ist weltweit gesehen der Bau- und Planungsboom sogar noch größer – unter anderem – mit 26 Neubau-Projekten in den USA, 16 in China und 11 in Japan. Der neue US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, sich auch für die Kernenergie zu öffnen, weil die Klimaschutzziele und Versorgungssicherheit sonst in den USA nicht erreichbar sind. Die Grünen haben auf ihrem Europa-Parteitag erklärt, sich an Obama ein Beispiel nehmen zu wollen. Sie werden auf dem Gebiet der Kernenergie Gelegenheit dazu haben.

Mitte November erst verabschiedete die EU-Kommission ein umfassendes Energiepaket, das der Energiesicherheit in Europa neuen Auftrieb geben soll. Die Kernenergie ist wesentlicher Teil des Paketes. Die Kommission hat ihre Zurückhaltung aufgegeben und sich so eindeutig wie noch nie zur Kernenergie bekannt. Als Teil des Energiepaketes aktualisierte die Kommission ihr sogenanntes „Hinweisendes Nuklearprogramm“ vom Oktober 2007. Sie schlägt vor, dass künftig beim Bau neuer Reaktoren die modernste Technik zum Einsatz kommt, die höchsten Standards der nuklearen Sicherheit eingehalten werden und die Genehmigungsaufgaben sowie -verfahren in den EU-Staaten angeglichen werden. Und sie will in diesem Zusammenhang die Anforderungen an bestehende Kraftwerke auf hohem Niveau harmonisieren.

Wir begrüßen den Vorschlag der EU-Kommission, einen geeigneten Rechtsrahmen für nukleare Sicherheit zu schaffen. Es ist schließlich nicht

einzu sehen, dass die EU – um dies etwas zugespitzt auszudrücken – jede Frittenbude reglementiert, aber bei Kerntechnischen Anlagen Enthaltsamkeit übt.

Meine Damen und Herren,

Die Ergebnisse im Superwahljahr 2009 – insbesondere die der Bundestagswahl am 27. September – werden für unser Land und gerade für den Wirtschafts- und Energiestandort Deutschland strategische Weichen stellen. Die Landtagswahlen in Hessen machten mit einem bemerkenswerten Ergebnis den Auftakt. Aber wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass die Hessen am 18. Januar 2009 wieder an die Wahlurnen gehen würden? Wer hätte sich vor einem Jahr die Achterbahnfahrt auf den Energiemärkten vorstellen können? Und wer hat vor einem Jahr – trotz deutlicher Anzeichen auf der ganzen Welt – mit einer globalen Wirtschaftskrise DIESES Ausmaßes gerechnet? Wir leben in einer Zeit wirtschaftlich wie sozial dramatischer Umbrüche und großer Ungewissheiten. Da können wir es uns nicht leisten, mit der sukzessiven Abschaltung unserer Atomkraftwerke in völliger Ignoranz der internationalen Herausforderungen und ohne Not volkswirtschaftliches Vermögen zu zerstören. Wir würden damit gleichzeitig auch zehntausende wenn nicht hunderttausende Arbeitsplätze vor allem im Bereich Industrie und produzierendes Gewerbe gefährden.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich aber nicht mit einem solchen negativen Szenario schließen, von dem wir hoffen, dass es nicht eintritt. Denn die Gretchenfrage bleibt: Wenn es uns denn tatsächlich gelingen sollte, bis 2020 30 Prozent der Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu schaffen, wo kommen dann die restlichen 70 Prozent her? Wir hatten in den letzten Jahren schon immer gute Argumente für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Durch die Ereignisse der letzten Monate – Wirtschaftskrise, Gasstreit – sind sie noch stärker geworden. Wir

können daher zuversichtlich sein, dass es zu einer Laufzeitverlängerung kommt und auch die drängende Endlagerfrage einer Lösung zugeführt wird. Kurz, dass Energievernunft einkehrt. Machen wir uns aber nichts vor: Das wird kein Selbstläufer. Je näher der Wahltermin kommt, desto mehr werden wir uns mit Anfeindungen auseinandersetzen haben, mit dem Versuch das Thema wahltaktisch aufzuheizen. Wir sind darauf vorbereitet – standfest und gelassen, nicht mit Schaum vorm Mund, sondern mit unseren guten Argumenten und Dialogbereitschaft. Eine vernünftige, Interessen ausgleichende Lösung nach der Bundestagswahl zu finden, ist uns allemal wichtiger als Feldgeschrei im Wahlkampf.

Wir feiern in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Atomforums. Es waren spannende und nicht immer einfache Jahre – von unglaublicher Aufbruchstimmung über tiefe Depression bis zu neuer Hoffnung. Heute und hier erscheint kaum ein Jahr so spannend und schwierig wie das Jahr 2009. Doch ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit Realitätssinn, Dialogbereitschaft und eben Verantwortungsbewusstsein alle Herausforderungen meistern werden. Ich bin sehr froh, Sie dabei an unserer Seite zu wissen, und möchte Ihnen dafür herzlich danken.